

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 9 15 20-0  
Telefax: 8 86 848 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

48. Jahrgang / 117

23. Juni 1993

Wolfgang Weiermann MdB  
zum "Zukunftsinvestitions-  
programm - Ökologische Mo-  
dernisierung statt Arbeits-  
losigkeit" für die neuen Bun-  
desländer: Schritte zu mehr  
Beschäftigung und Innovation.

Seite 1

### Dokumentation:

Rudolf Dreßler MdB setzte sich  
jüngst in einem Vortrag vor der  
AfA mit der "Rolle der Arbeit-  
nehmerinnen und Arbeitneh-  
mer in der SPD" auseinander.  
Wortlaut:

Seite 4

### Schritte zu mehr Beschäftigung und Innovation Zum "Zukunftsinvestitionsprogramm - Ökologische Modernisie- rung statt Arbeitslosigkeit" für die neuen Bundesländer

Von Wolfgang Weiermann MdB

Das Zusammenwachsen ist doch schwieriger als manche dachten. Die "blühenden Landschaften", von denen die Rede war, stellen sich als karge, steinige Äcker heraus. Daran ändert auch das Wunschdenken der Regierung nichts. Ihre Maßnahmen haben in zwei Jahren den schnellen Aufschwung nicht zustande gebracht, den sie den Menschen versprochen. Um den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland und die Wirtschaftskraft seiner Unternehmen ist es traurig bestellt, und die Leistungen der Bundesregierung sind eher kläglich. CDU-Generalsekretär Hintze und Umweltminister Töper werfen in ihrem Thesenpapier die Veränderungen im Ost-West-Verhältnis als "wesentliche Chancenverbesserung für ein zukunftsfähiges Deutschland". Das mag sein - nur ohne den Willen zu ihrer bewußten Gestaltung wird aus der Zukunft nichts. Falsche Versprechungen, grobe Ungerechtigkeiten und massive Fehler prägen das Bild. Sie haben ihre Spuren in den Menschen hinterlassen.

Von ehemals neun Millionen Menschen in Ostdeutschland in Arbeit und Brot haben nur noch die Hälfte einen festen Arbeitsplatz - von einem "sicheren" Arbeitsplatz gar nicht zu reden. 20 Prozent der Gesamtbevölkerung erarbeiten sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts - mehr hat man ihnen nicht zu bieten. Von einer tragfähigen Konzeption der Bundesregierung, die den versprochenen "Aufschwung Ost" bringen könnte, ist weit und breit nichts zu sehen. Dabei drängen sich neue, zukunftssträchtige Lösungen geradezu auf. Uns allen sind - zumindest vom Fernsehen - die Bilder und der zugehörige Kommentar aus den neuen Bundesländern sattfam vertraut: Heruntergekommene Industriegelände, Altlasten, renovierungsbedürftige Häuser, verfallende Infrastruktureinrichtungen und und und. Seit Jahren - schon lange vor der deutschen Vereinigung - haben die Sozialdemokraten den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft gefordert - in der richtigen Erkenntnis, daß Umweltinvestitionen stets lohnende Investitionen in die Zukunft sind.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung Ökonomie  
unserer Zeit  
Kultur  
Register-Papier



Heute fordern wir - als die andere Seite der Medaille - neben dem ökologischen Umbau im Westen den ökologischen Aufbau im Osten als Dringlichkeitsmaßnahme. Trotz gegenteiliger Äußerungen von Minister Töpfer und anderen Regierungsvertretern ist die Bundesregierung nicht bereit, die Konsequenz aus der Erkenntnis zu ziehen, daß allein durch hohe Umweltstandards langfristig Arbeitsplätze, Prosperität, Lebensqualität und Attraktivität ganzer Regionen gesichert werden können. Noch immer hängt sie anscheinend dem Vorurteil nach, hohe Umweltstandards seien ein Luxus, Umweltschutz- und Umweltsanierungsmaßnahmen seien allein etwas für Zeiten des Wohlstands. Ansätze zur Förderung von Umweltinvestitionen gab es 1991 und 1992 im Programm 'Aufschwung Ost'. Zum 1. Januar 1993 wurden sie ersatzlos gestrichen - damit auch die Ansätze für positive Entwicklungen und kleine Fortschritte wieder gefährdend. Die Bundesregierung legt ein Föderales Konsolidierungsprogramm auf, das keinerlei ökologische Akzente setzt. Sie macht keine Anstalten, entsprechende Infrastrukturinvestitionen vorzunehmen.

Der Untätigkeit der Bundesregierung entgegenet die sozialdemokratische Bundestagsfraktion nun mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm 'Ökologische Modernisierung statt Arbeitslosigkeit', kurz 'ZIP' genannt. Ziele dieses Programms sind die Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern und die Verwirklichung der ökologischen Einheit - letzteres eine Forderung des Einigungsvertrages, an die die Bundesregierung sich nicht zu erinnern scheint.

Es geht um

- die Verbesserung der Umweltqualität und damit auch der Standortqualität,
- die Schaffung einer breiten Palette von Arbeitsplatzeffekten,
- die Sicherung von Platzvorteilen auf den Märkten von morgen - weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Das ZIP sieht Investitionsmaßnahmen zur ökologischen Modernisierung der Infrastruktur und zur Sanierung der Umwelt mit einem Fördervolumen von zehn Milliarden DM jährlich bei einer Laufzeit von zehn Jahren vor. Dabei gehen wir davon aus, daß innerhalb einzelner Projektbereiche ostdeutsche Produktionen und Dienstleistungen Vorrang haben sollen, so daß mindestens 50 Prozent der Wertschöpfung in den neuen Bundesländern geleistet werden wird.

Da wir generell mit einem fehlenden Planungsverlauf in den fünf Bundesländern und den Kommunen Ostdeutschlands rechnen müssen, ist für die Anfangsphase eine kommunale Investitionspauschale als Bestandteil des Programmkonzeptes vorgesehen. Dieser pauschalierte Förderungsteil soll dann mit Fortschreiten des ZIP nach und nach zugunsten einer streng projektbezogenen Förderung zurückgefahren werden.

Die Kommunen können Projektanteile vergeben, wobei auch Arbeitsförderungsgesellschaften und gemeinnützige Träger einbezogen werden können - insbesondere dann, wenn sich dadurch die Möglichkeit der Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer sowie der Neugründung von Unternehmen ergibt.

Im einzelnen soll das Programm folgende Bereiche umfassen:

- Trinkwasserversorgung und Gewässerschutz,
- Abfallwirtschaft und Altlasten,
- Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung sowie Energieeinsparung,
- Ökologische Verbesserungen im Verkehrssystem,
- Maßnahmen im Naturschutz und für den ländlichen Raum.

Unter dem Stichwort 'Trinkwasserversorgung und Gewässerschutz' ist vor allem an die Sanierung der durchweg veralteten Wassereraufbereitungsanlagen und der undichten Wasserversorgung sowie den Bau neuer Anlagen und Netze gedacht. Allein dafür besteht nach Schätzungen des Bundesgesundheitsministers ein Bedarf von 21 Milliarden DM. Außerdem gibt es einen Sanierungsbedarf von geschätzten zehn Milliarden DM für kommunale Kläranlagen und Kanalisationsnetze zum Schutze der Oberflächengewässer und des Grundwassers allein in den Wasserschutzgebieten! Im Sektor 'Abfallwirtschaft und Altlasten' muß vor allem darauf geachtet werden, daß bei der Umstrukturierung der

Wirtschaft und der Einführung moderner Produktionsverfahren das Prinzip der Abfallvermeidung vorrangig behandelt wird. Dringend nötig ist auch die Anschubfinanzierung und Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Recyclingtechnologien sowie Markteinführungshilfen für Recyclingprodukte.

Im Altlastenbereich geht es um die Sanierung kontaminierter Industrie- und Gewerbeflächen, landwirtschaftlicher Flächen sowie der ehemaligen Liegenschaften der sowjetischen Streitkräfte und der NVA. Ein zukünftiger wirklicher 'Aufschwung Ost' ist undenkbar ohne Maßnahmen im Energiesektor. Da der Verbrauch an Primärenergie durch Gebäudeheizungen in Ostdeutschland etwa doppelt so hoch ist wie in den alten Bundesländern, sind aus Gründen der knappen Ressourcen und des Klimaschutzes Einsparungsmaßnahmen dringend vonnöten. Nur ein ganz geringer Teil der über sieben Millionen Wohnungen ist bereits entsprechend modernisiert worden: Über 90 Prozent der Wohnungen haben keine ausreichende Wärmedämmung und veraltete Heizungsanlagen. Das heißt: 50 bis 80 Prozent der heute aufgewendeten Heizenergie ließen sich bei Heranziehung aller technischen Möglichkeiten einsparen!

Untersuchungen haben ergeben, daß Investitionen in Energiespartechnologien und Erhöhung der Energieeffizienz durchschnittlich vier mal mehr Arbeitsplätze schaffen als der Bau neuer Kraftwerke. Allein durch Energiesparmaßnahmen im Gebäudesektor könnten schätzungsweise 150.000 Arbeitsplätze für zehn Jahre geschaffen und gesichert werden. Das heißt auch, daß die kommunale Energieversorgung entsprechend gefördert werden muß: Beim Aufbau eigenständiger Stadtwerke ebenso wie bei der möglichst flächendeckenden Kraft-Wärme-Kopplung im Nah- und Fernwärmenetz.

Schließlich ein letzter Punkt: Die ökologischen Verbesserungen im Verkehrssystem. Neben der Stärkung des ÖPNV durch Investitionen bei Bau und Ausbau der kommunale Verkehrsinfrastruktur wie bei der Beschaffung und Modernisierung des Fahrzeugparks, geht es dabei vor allem um den Aufbau von Güterverkehrszentren sowie verkehrsleitende und -beruhigende Maßnahmen im städtischen Bereich.

Es wäre nun völlig verkehrt, die von uns im ZIP vorgesehenen Maßnahmen als Schön-Wetter-Programm anzusehen, das man unter besseren Bedingungen einmal in Betracht ziehen könnte, angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage aber meist ins Reich der Utopien verweisen zu müssen. Ein weiteres Anwachsen der öffentlichen Verschuldung darf und kann selbstverständlich nicht infrage kommen. Die Finanzierung des ZIP muß neben den notwendigen Einsparungen (Subventionsabbau, Kürzung der Militärausgaben etc.) durch Einnahmeverbesserungen vorgenommen werden. Das heißt: Wir fordern erneut die sofortige Einführung einer Arbeitsmarktabgabe und die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags in Form einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende. Des weiteren wird eine schrittweise Anhebung der Energiepreise zur Steigerung der Energieeffizienz nötig sein, die im übrigen bereits vom Prognos-Institut für die Bundesrepublik Deutschland empfohlen wurde. Im Rahmen einer Reform des Steuersystems unter ökologischen Gesichtspunkten wird schließlich über eine Erhöhung der Mineralölsteuer sowie im europäischen Rahmen über eine allgemeine Energiesteuer nachgedacht werden müssen.

Diese Schritte im Rahmen des ZIP werden im Endergebnis einen positiven Beschäftigungseffekt und innovative Impulse im Inland auslösen. So weit in einer kurzen Skizze unser Zukunftsinvestitionsprogramm. Nur zum Schluß noch eine Randbemerkung. Neben den notwendigen, unbestreitbar positiven Konsequenzen für den wirtschaftlichen Aufschwung durch ökologische Entwicklung sollte man eines nicht vergessen: Trinkwasserversorgung, Kanalisation, Altlasten in Ostdeutschland sind Zeitbomben, die eine ernsthafte Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung der betroffenen Bundesländer darstellen. Erst vor einigen Tagen wurde auf den zu hohen Kupfergehalt im Trinkwasser vieler ostdeutscher Kommunen hingewiesen - eine Folge der veralteten Wasserversorgungsnetze - und den dadurch verursachten Tod zahlreicher Kleinkinder. Auch deshalb tut entschlossenes Handeln Not!

(-/23. Juni 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Ohne Gewerkschafter können wir nicht gewinnen

Rudolf Dreßler, Vize-Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, hat kürzlich in einem Referat zur "Rolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der SPD" gesprochen. Der Wortlaut:

Für mich lautet die Frage: Was gelten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der SPD, welche Möglichkeiten haben sie, auf die Politik der Partei gestaltend Einfluß zu nehmen, wie nutzt die Partei die Möglichkeiten der AfA? Ihr werdet Euch erinnern: Wir haben mit dem Antrag A1 auf unserer letzten Bundeskonferenz in Kiel versucht, einen Diskussionsprozeß zu diesen Fragen innerhalb der AfA einzuleiten und ihn in die Gesamtpartei zu tragen. Die politische übergeordnete Begründung für unseren Antrag will ich in meine ersten These fassen:

#### These 1:

Die Arbeitnehmerschaft hat nicht mehr den Eindruck, im Mittelpunkt der SPD-Politik zu stehen.

Ich will nicht darüber raisonieren, daß sich die Partei nur in höchst unzureichendem Maße mit den Fragen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, ja manchmal gar nicht weiß, was sie mit ihnen anfangen soll. Darin äußert sich ein gerütteltes Maß an Unsicherheit, ja Orientierungslosigkeit. Das ist keine Besonderheit der SPD. Die Partei spiegelt vielmehr auch hierin die Entwicklung unserer gesamten Gesellschaft wider. Denn diese Unsicherheit hat die Gewerkschaft insgesamt erfaßt, alle ihre wesentlichen Gruppen einschließlich der Gewerkschaften, die mit den gleichen Problemen kämpfen. In meiner Rede auf dem Kieler Bundeskongreß habe ich gesagt, daß die Arbeitnehmerschaft den Kern der SPD bildet, daß hier ihr Herz schlägt. Viele von uns haben das als Feststellung mißverstanden. In Wahrheit aber war es eine Forderung. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Ich will hier keine einäugige Schuldzuweisung vornehmen. Auch hierin ist die SPD zu einem guten Teil Produkt der Gesellschaft. Aber eben nur zu einem guten Teil, für den anderen Teil trägt sie selbst die Verantwortung. Wenn sich in Parteien die gesellschaftlichen Prozesse widerspiegeln, so hat das ja zunächst einmal positive Aspekte. Es beweist, daß sie keine verkrusteten, nach außen abgeschotteten Gebilde sind. Die Veränderungen und Ausdifferenzierungen der Arbeitnehmerschaft muß auch in den politischen Parteien Spuren hinterlassen. Es gibt heute keine homogenen Arbeitnehmergruppen mehr, weder im Bereich der Angestellten noch im Bereich der Arbeiter - um diese beiden nicht mehr ganz zeitgemäßen Begriffe zu verwenden. Das aber hat zur Folge, daß diese Gruppen ungleich schwieriger zu organisieren sind, daß die Gruppensolidarität abnimmt und daß ihre Bindungsbereitschaft wie -fähigkeit deutlich zurückgeht. Das führt zu meiner zweiten These:

#### These 2:

Die klassische Arbeitnehmerschaft im eigentlichen Sinne gibt es heute nicht mehr

Erlaubt mir einen Hinweis: Die tiefgreifenden sozialen Veränderungen in der Arbeitnehmerschaft sind Ergebnis eines gesellschaftlichen Aufstiegs, den Sozialdemokraten nicht nur immer gewollt haben, sondern den sie zum weit überwiegenden Teil durch ihre Politik im Verein mit den Gewerkschaften erst herbeigeführt haben. Dieser Aufstieg ist ein sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Erfolg. Auf nichts allerdings reagieren Sozialdemokraten allergischer, als auf die Erfolge ihrer eigenen Arbeit, wie die SPD. Die nämlich entschuldigt sich entweder zunächst einmal dafür, daß sie es nicht noch besser gemacht hat oder nimmt diese Ergebnisse nicht wahr, verdrängt sie. Im konkreten Fall nehmen wir sie nicht wahr, denn wir haben uns auf diese Ergebnisse nicht eingestellt. Ich habe manchmal den Eindruck, daß wir ihnen geradezu hilflos gegenüberstehen. Daraus folgt eine dritte These.

#### These 3:

Es gibt keinen Weg zurück zur klassischen Arbeitnehmerschaft früherer Zeit, der politisch emanzipatorische Prozeß und seine Ergebnisse können nicht umgekehrt werden.

Die SPD darf ihn nicht umkehren wollen, sie muß ihn weiter befördern und darauf müssen wir uns einstellen. Wir brauchen ein neues Verhältnis von Solidarität und Individualität. Wir müssen endlich berücksichtigen, daß aus der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe sich heute nicht automatisch eine Vorliebe für eine bestimmte politische Richtung ergibt. Wir müssen den emanzipatorischen Prozeß in der Arbeitnehmerschaft akzeptieren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen heute Entscheidungen, die sie

selbst angehen auch weitgehend selbst treffen und sich nicht mehr Gruppenentscheidungen unterwerfen. Ich will das in ein aktuelles Beispiel stellen. Die Entscheidung darüber, in welcher gesetzlichen Krankenversicherung der einzelne Mitglied wird, gehört in seine Hand und nicht in die des Gesetzgebers. Als wir das mit dem Gesundheitsstrukturgesetz realisiert haben, ist uns zunächst heftiger Widerstand entgegengesetzt worden. Dies beschädigte die Solidarität, hieß es. Das ist falsch. Wer die verantwortungsbewußte Arbeitnehmerin und den verantwortungsbewußten Arbeitnehmer will, der muß ihnen auch Verantwortung geben. Wo wäre diese Verantwortung angemessener als bei Fragen, die das eigene soziale Wohlergehen berühren. Das fördert nicht die Entsolidarisierung, sondern stärkt das Solidarbewußtsein, wenn der gesetzliche Rahmen, innerhalb dessen sich jeder einzelne mit seiner Entscheidung bewegen kann, nicht gegen das Gebot der gleichen Chancen verstößt.

**These 4:**

Aus den gesellschaftspolitischen Veränderungen in der Arbeitnehmerschaft hat die SPD den fehlerhaften Schluß gezogen, arbeitnehmerspezifische Probleme und deren politische Lösung besäßen einen geringen politischen Rang.

Gerade wo die gruppenbezogene Bindungswirkung der Partei gegenüber ihrer früher klassischen Wählerschaft abnimmt, muß sie sie durch gezielte politische Angebote auszugleichen versuchen. Wo nicht mehr die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe über das Wahlverhalten vorentscheidet, muß das konkrete politische Sach- und Lösungsangebot versuchen auf das Wahlverhalten Einfluß zu nehmen. Aber nicht nur das; Denn nicht nur das politische Sach- und Lösungsangebot, die Programmatik ist wichtig, sondern auch die Art und Weise, wie sie zustande kommt, also wie sich die Partei dieser Themen in ihrer eigenen Diskussion annimmt. Und hier stimmt etwas in der SPD nicht. Wer sich in einer sechsstündigen Diskussion der Bfauhelmproblematik widmet, aber die Diskussion des Problems der Massenarbeitslosigkeit in fünf Minuten mit einer einstimmigen Entschleußung erledigt, signalisiert der Öffentlichkeit Proportionen und Schwerpunkte, die nicht nur im Bewußtsein der Betroffenen verheerende Wirkungen entfalten. Diese Proportionen müssen wieder zurechtgerückt werden. Genau das meine ich mit dem fordernd gemeinten Satz von Kiel, die Arbeitnehmerschaft sei das Herz der SPD: Die Probleme der Arbeitnehmerschaft gehören in die Mitte der Parteidiskussion!

**These 5:**

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik gehört in das Zentrum des politischen Angebots der SPD.

Von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien unterscheidet die SPD ein prinzipiell anderes Verständnis von Sozialpolitik und Sozialstaat.

- Die Unionsparteien verstehen die Sozialpolitik als Instrumentarium, um zu erreichen, daß die benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft ihren Frieden mit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung machen, gleichsam endlich Ruhe geben in ihrer Forderung nach gesellschaftspolitischer Umgestaltung und stärkerer Teilhabe.
- Für die FDP ist die Sozialpolitik ein Feld minderer politischer Bedeutung, da sie sich nicht aktiv an die von ihr vertretene Klientel richtet. Sozialpolitik ist für die FDP zuallererst Kostenfaktor, also ein von der Wirtschafts- und Finanzpolitik abgeleiteter Bereich.

Nur die SPD sieht in der Sozialpolitik ein eigenständiges Politikfeld, von dem aktive politische Gestaltung ausgeht. Sozialpolitik bedeutet für uns, den benachteiligten Gruppen volle gesellschaftspolitische Teilhabe zu sichern, hat für uns emanzipatorischen Charakter, ist Mittel zur Umgestaltung unserer Gesellschaft. Ohne sie ist die Verwirklichung des Sozialstaatsgedankens, so wie er im Grundgesetz verankert ist, nicht möglich. Hier unterscheiden wir uns also von den anderen grundlegend.

Die sozialpolitische Kompetenz der SPD ist bei den Menschen unbestritten - und dabei füge ich ein leises "Noch" an. Selbst als Oppositionspartei wirkt die SPD als die prägende Kraft der sozialpolitischen Landschaft, die Rentenreform 1992, die Gesundheitsstrukturreform und unser Entwurf einer Pflegeversicherung beweisen dies eindrucksvoll. Sozialstaatsgedanke und Sozialpolitik ermöglichen der SPD wie kein zweites Politikfeld ein milieuübergreifendes Sach- und Lösungsangebot. Und damit bin ich bei meiner 6. These.

**These 6:**

Die notwendige Erschließung neuer Wählerschichten hat zu einer Vernachlässigung bisheriger Wählergruppen geführt. Diese Entwicklung muß korrigiert werden.

Auf dem Wege von August Bebel zu Giorgio Armani seien der SPD einige Wählerschichten abhandeln gekommen, hat neulich ein Zeitgenosse festgestellt. Das Lachen über diese frache Bemerkung bleibt mir im Halse stecken, denn ich weiß: Daran ist zuviel wahres. Die Erschließung neuer Wählerschichten ist für die

SPD eine Überlebensfrage - aber um den Preis die alten Wähler zu verprellen kann dies nicht gelingen. Wir müssen uns neuen Themen zuwenden, weil sich neue Probleme stellen, aber wir dürfen die alten nicht vergessen, die sind nämlich zum Teil immer noch nicht gelöst, zumindest nicht in der Weise, wie die SPD sich dies vorstellt. Nichts gegen die wunderschöne Toskana, aber wer meint, die Alternative zu klassischen sozialdemokratischen Maximen etwa "Wohnung für alle" oder "Arbeit für alle" laute heute "Chianti für alle" der Irt. Zu "Arbeit für alle" und "Wohnung für alle" gibt es keine Alternativen, diese Maximen müssen wir auch heute noch einlösen, dringender denn je. Dies sind Themenfelder, die alle angehen, weit in den Kreis der neu zu gewinnenden Wählerschichten hinein. Soll ich Euch andere nennen?

- Gerechte Besteuerung;
- einen Familienlastenausgleich, der seinen Namen verdient;
- Absicherung bei Pflegebedürftigkeit;
- Neuordnung der Alterssicherung der Frauen;
- Bekämpfung der Kriminalität;
- Gerechtere Vermögensverteilung.

Nur ein paar Beispiele! Das sind Themen, die die Gesamtgesellschaft angehen, nicht nur die Arbeitnehmer. Die Erschließung neuer Wählerschichten kann nicht dadurch gelingen, daß man jeder Einzelgruppe ein besonderes Programmangebot macht. Wir brauchen kein programmatisches Themenpotpourri - nur ein Gesamtentwurf kann überzeugen. Und damit bin ich bei der 7. These.

#### These 7:

Die SPD wird keine Wahlen gewinnen können ohne aktive Unterstützung der Gewerkschafter und Mobilisierung der Gewerkschaften

Gerade die letzte Bundestagswahl hat eindrucksvoll die Richtigkeit dieser These belegt. Teilnahmslose Duldung des SPD-Wahlkampfes durch die Gewerkschaften reichen ebensowenig aus wie uninteressiertes Wegsehen der Gewerkschafter; die SPD braucht aktive Unterstützung. Daß die SPD keine Gewerkschaftspartei und die Gewerkschaften keine Parteigewerkschaften sind, ist blanke Selbstverständlichkeit und daß die SPD nicht einfach Gewerkschaftspositionen inhaltlich übernehmen kann. Die SPD muß vielmehr ein politisches Gesamtangebot inhaltlicher wie personeller Art bieten, daß den Gewerkschaften eine Unterstützung der Partei aus diesen

Gründen nicht nur möglich wird, sondern daß es ihnen sinnvoll erscheint.

Die Gewerkschaften hingegen müssen aus ihrer Interessenlage beurteilen, ob eine konservative Bundesregierung nicht von vornherein eine schlechtere Wahrnehmung und Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder bedeutet als eine sozialdemokratische. Beide Aspekte müssen in einer fairen Abwägung geklärt werden, die ohne eine gründliche Aufarbeitung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften nicht möglich ist. Diese Aufarbeitung muß vor Ort und an der Spitze gleichermaßen beginnen. Dem Prozeß der schleichenden Entfremdung von Partei und Gewerkschaften muß Einhalt geboten werden, denn er beschädigt Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten beider Seiten gleichermaßen. Die Arbeitnehmer reklamieren keine Sonderstellung in der SPD - auch nicht die sozialdemokratischen Mitarbeiter und Funktionäre der Gewerkschaften. derzeit allerdings haben sie eine Sonderstellung - zumindest was ihre Mitarbeit in der Partei angeht. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär, der zugleich ein Amt in der Partei oder ein Mandat für die Partei übernommen hat, ist mehr als eine Seltenheit. Fast müßte man ihn auf die Liste des Washingtoner Artenschutzabkommen für aussterbende Lebewesen stellen. Die frühere Selbstverständlichkeit, mit der die führenden Gewerkschafter in Städten, Kreisen und Regionen von der SPD mit Ämtern und Mandaten betraut wurde, um die Identität der Interessen deutlich zu machen, ist längst geschwunden.

Die Vergabe von Parteiämtern oder SPD-Mandate an Gewerkschafter ist wo sie noch vorkommt - längst zu einem Alibi verkommen nach dem Motto "Da haben wir doch noch einen oder eine." Nichts charakterisiert das Ausmaß der Entfremdung deutlicher als diese Entwicklung. Sie muß umgekehrt werden; die Partei muß bereit sein, die Vertreter der organisierten Arbeitnehmerschaft auf breiter Front mit Ämtern und Mandaten zu betrauen und die Vertreter der organisierten Arbeitnehmerschaft müssen bereit sein, sich zu engagieren - nicht aus Zwang oder wider Willen, sondern als Ergebnis eines wieder gewandeten Selbstverständnisses.

(-/23. Juni 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*